



25

Japans maritime Sicherheitspolitik:

FOIP, QUAD, Ostchinesisches und
Südchinesisches Meer

Tetsuo KOTANI

Einleitung

Für Japan, das zwar eine vollständig vom Meer umgebene Handelsnation mit langen Küsten und vielen Inseln, jedoch arm an Ressourcen ist, stellt die maritime Sicherheit eine große Herausforderung dar – um sowohl die Souveränität und territoriale Integrität zu wahren als auch die Seeverkehrswege sicherzustellen. Nachdem Japan mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags von San Francisco wieder in die internationale Gemeinschaft eingetreten war, verfügte es de facto über keine militärische Stärke und war im Zusammenhang mit der maritimen Sicherheit auf die USA angewiesen. Um die Aktivitäten der sowjetischen Fernostflotte einzuschränken, die von ihrem Stützpunkt in Wladiwostok aus kontinuierlich ausgebaut wurde, bemühte sich Japan seit den 1970er Jahren darum, seine Fähigkeit zur Blockierung der Straßen von Tsushima, Tsugaru und Soya aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig verstärkte Japan unter der Bezeichnung „1.000-Seemeilen-Verteidigung“ seine Überwachungskapazitäten in den Gewässern um die Nansei- und Ogasawara-Inseln herum, um die Unterstützung des US-Militärs sicherzustellen. Seine Bemühungen, die Meerengen zu blockieren und die japanische Inselgruppe aufmerksam zu überwachen, ermöglichten faktisch, die sowjetische Flotte im Japanischen Meer erfolgreich einzudämmen.

Doch bald darauf, nach dem Ende des Kalten Krieges, begann anstelle der

Sowjetunion China damit, in die Meere zu expandieren, was für Japan erneut zu einem Problem der maritimen Sicherheit wurde. In den 1980er Jahren formulierte China eine Strategie zur Verteidigung seiner küstennahen Gewässer bis zur Ersten und Zweiten Inselkette, woraufhin die Volksbefreiungsarmee seit etwa 2008 im Bereich der Ersten Inselkette zunehmend aktiv wurde. 2020 hatte sie die Zweite Inselkette überschritten und begann routinemäßig im Westpazifik zu agieren. Die Volksbefreiungsarmee führt im Ostchinesischen Meer militärische Übungen und Manöver durch und betreibt Informationsgewinnung. Im Südchinesischen Meer militarisiert sie große künstliche Inseln und entsendet Marineschiffe, darunter auch U-Boote zur Bekämpfung der Piraterie in den Indischen Ozean. Diese werden als Mittel zur Aufrechterhaltung der Seeverkehrswege angesehen, um gleichzeitig ein Eingreifen des US-Militärs im Fall einer Krise zu verhindern. Zusammen mit Chinas wachsenden Raketenkapazitäten wird dadurch das militärische Gleichgewicht in der Region erheblich verändert. Darüber hinaus setzt China weiterhin Schiffe in öffentlichem Auftrag sowie Fischerboote ein, um den Status quo unter anderem auf den Senkaku- und Spratly-Inseln völkerrechtswidrig zu verändern. So sind Grauzonensituationen, die weder Friedenszeiten noch Krisenzeiten darstellen, zur Regel geworden. Seit 2016 erhöht China den Druck auf die regierende Demokratische Fortschrittspartei in Taiwan und erweitert seine dortigen militärischen

Aktivitäten. Daher wächst auch die Besorgnis, dass Japan in den Konflikt mit hineingezogen werden könnte, wenn sich eine Taiwan-Krise ereignen sollte.

Diese maritime Expansion vonseiten Chinas stellt in Hinblick auf die territoriale Abwehr Japans und die Gewährleistung der Sicherheit seiner Seeverkehrswege ein großes Problem dar. Darüber hinaus ist Chinas Versuch, die eigenen maritimen Interessen geltend zu machen, eine schwerwiegende Herausforderung für die maritime Rechtsordnung. Dies hat die japanische Regierung dazu veranlasst, sowohl die Initiative eines „Freien und Offenen Indopazifiks“ (FOIP) als auch den Quadrilateralen Sicherheitsdialog zwischen Japan, den USA, Australien und Indien (QUAD) voranzutreiben, damit die maritime Rechtsordnung sowie die Verteidigungsposition der ersten Inselkette aufrechterhalten werden. Der folgende Abschnitt gibt einen Überblick über die maritime Sicherheitspolitik Japans, bei der die Verteidigung der Inselkette und die Aufrechterhaltung der maritimen Rechtsordnung im Mittelpunkt stehen. Anschließend werden der aktuelle Stand und die Herausforderungen erörtert.

Die Initiative für maritime Sicherheit während der Regierung unter Premierminister Abe

Seit 2008 begann China damit, Schiffe zur Durchsetzung des Seerechts in die

Hoheitsgewässer der Senkaku-Inseln zu entsenden sowie den Aktionsradius seiner Marineschiffe und Militärflugzeuge vom Ostchinesischen Meer auf den Pazifischen Ozean auszuweiten. Daraufhin überarbeitete die japanische Regierung im Jahr 2010 ihre „Richtlinien des Nationalen Verteidigungsplans“ (engl. *National Defense Program Guidelines*, kurz NDPG) und änderte den bisherigen Schwerpunkt des Verteidigungssystems vom Norden hin zum Südwesten. Somit verstärkte sie die Überwachungsaktivitäten auf den Nansei-Inseln mithilfe einer „dynamischen Wehrkraft“. Zudem wurde in den durch die zweite Regierungszeit unter Premierminister Abe im Jahr 2013 überarbeiteten NDPG eine „integrative mobile Wehrkraft“ zur Stärkung der Verteidigung der Nansei-Inseln eingerichtet. Dabei wurde die See- und Luftüberlegenheit beibehaltend, der Schwerpunkt auf die mobile Fähigkeit der Landstreitkräfte gelegt, vom Festland bis zu diesen Inseln zu operieren. Dies führte unter anderem zur Stationierung von weiteren Kampfflugzeugen und Frühwarnflugzeugen in Naha, zur Einführung von Stand-off-Raketen, zum verstärkten Einsatz von U-Booten, zur Einrichtung der neuen amphibischen und schnellen Eingreiftruppen zur Verteidigung der von der japanischen Hauptinsel abgelegenen Inseln sowie zur Stationierung von Frühwarntruppen und Boden-Schiff- bzw. Boden-Luft-Lenkflugkörpertruppen auf den Nansei-Inseln. Außerdem wurde die japanische Küstenwache verstärkt und

eine spezielle Senkaku-Truppe auf der Insel Ishigaki eingerichtet.

Um sich dem umfassenden Ausbau der chinesischen Kapazitäten rund um die Nansei-Inseln entgegenstellen zu können, zielten die im Jahr 2018 erneut überarbeiteten NDPG auf den Aufbau einer „integrativen mobilen Wehrkraft“ ab, in deren Rahmen unter Beibehaltung des Konzepts „Dynamic Joint Defense Force“ zusätzlich zu den traditionellen Bereichen von Land, See und Luft auch bereichsübergreifende Operationen in den neu hinzugekommenen Bereichen Weltraum, Cyberspace und elektromagnetische Wellen durchgeführt werden sollen. Selbst wenn Luft- und Seeüberlegenheit nur schwer aufrechtzuerhalten wären, soll der durch die bereichsübergreifenden Operationen entstehende Synergieeffekt die Unterlegenheit in bestimmten Bereichen ausgleichen. Zu diesem Zweck wurden unter anderem die Anzahl und Kapazitäten der Kampfflugzeuge erhöht, neue Hyperschall-Gleitprojektil-Einheiten für die Verteidigung der Inseln eingeführt, die Überwachung der Pazifikseite durch den Einsatz von Drohnen verstärkt, STOVL-Flugzeuge von Zerstörern der Izumo-Klasse eingesetzt, die Luft- und die Raketenabwehrfähigkeit umfassend aufgebaut sowie neue dedizierte Einheiten für den Weltraumbereich, für die Cyberverteidigung und für elektronische Kampfführung geschaffen. Auch die japanische Küstenwache hat ihre Position weiter gestärkt und die

Zusammenarbeit mit den maritimen Selbstverteidigungsstreitkräften ausgebaut.

Darüber hinaus hat Japan auch seine Kooperation mit den USA intensiviert. Mit der Überarbeitung der „Richtlinien für die Wehrkooperation zwischen Japan und den USA“ im Jahr 2015 wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in Friedenszeiten unter anderem auf die Bereiche Informationsgewinnung, Überwachung und Aufklärung, maritime Sicherheit, Übungen und Manöver, Luftverteidigung und Raketenabwehrsysteme ausgeweitet. Für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf Japan wurde die Zusammenarbeit für die Verteidigung der Inseln und bereichsübergreifende Operationen (einschließlich im Cyber- und Weltraumbereich) neu beschlossen, wobei die Selbstverteidigungsstreitkräfte für die Verteidigung der Inseln mit Unterstützung des US-Militärs in erster Linie Landungen verhindern und Rückeroberungen durchführen sollen. Darüber hinaus wurden verschiedene Mechanismen eingerichtet, um die Wirksamkeit der Bündniskooperation zu gewährleisten (z.B. Mechanismen zur Stärkung der politischen und operativen Koordinierung sowie der bilateralen Planung).

Auf den für Japan wichtigen Seewegen im Südchinesischen Meer und Indischen Ozean hat Japan damit angefangen, den Kapazitätsaufbau der Küstenstaaten verstärkt zu unterstützen und die Selbstverteidigungsstreitkräfte

Präsenzoperationen durchführen zu lassen. Im November 2016 kündigte Verteidigungsministerin Tomomi Inada die „Vientiane Vision“ an, welche die Richtlinien für eine Wehrkooperation zwischen Japan und der ASEAN darstellt, bei der die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung der maritimen Sicherheit und die Verbesserung der ASEAN-Kapazitäten in mehreren Bereichen unterstützt werden. Auf dieser Grundlage wurden beispielsweise den Philippinen in selbigem Jahr zwölf Patrouillenboote – zwei davon im Großformat – sowie fünf Trainingsflugzeuge bereitgestellt. Im Jahr 2020 stellte Japan den Philippinen außerdem ein Warn- und Kontrollradar zur Verfügung. Es wird erwartet, dass sie die Bewegungen der Volksbefreiungsarmee in der Bashistraße überwachen und diese Informationen mit Japan teilen. Darüber hinaus haben die maritimen Selbstverteidigungsstreitkräfte ab 2017 ihren Einsatz im Indopazifik begonnen, bei dem sie jährlich Marineschiffe – darunter auch Helikopter-Zerstörer – in das Südchinesische Meer und den Indischen Ozean entsenden, um dort Übungen mit anderen Ländern durchzuführen und Hafenanlauf als Zeichen der Freundschaft zu erstatten.

Angesichts der wackeligen maritimen Rechtsordnung in der indopazifischen Region fordert die japanische Regierung in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2013 die Aufrechterhaltung eines „offenen und stabilen Ozeans“ auf Grundlage des Völkerrechts

und der internationalen Regeln. Zur Konkretisierung dieser Forderung schlug Premierminister Abe auf der asiatischen Sicherheitskonferenz (Shangri-La-Dialog) im Mai 2014 die „Drei Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit“ vor, die alle Länder dazu auffordern, gerechte Ansprüche auf Grundlage des Völkerrechts geltend zu machen, Streitigkeiten nicht mit Gewalt oder Zwang zu lösen, sondern sie friedlich beizulegen. Im August 2016 wurde mit der Initiative des FOIP begonnen, die Rechtsstaatlichkeit, Konnektivität und maritime Sicherheit zu fördern. Im September 2019 fand die erste QUAD-Konferenz der Außenminister statt, bei der gemeinsame Anstrengungen zur Förderung des FOIP diskutiert und eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen maritime Sicherheit, hochwertige Infrastruktur und Konnektivität beschlossen wurden. Der FOIP wurde anschließend auch von der ASEAN, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und anderen europäischen Ländern unterstützt, und die Bedeutung zur Aufrechterhaltung einer auf Regeln basierenden Seeordnung wurde gemeinhin anerkannt.

Wie beschrieben, hat Japan während der Regierung unter Premierminister Abe angesichts der maritimen Expansion Chinas die Verteidigung der Nansei-Inseln durch die Selbstverteidigungsstreitkräfte verstärkt und die internationale Zusammenarbeit durch FOIP erweitert, um die maritime Rechtsordnung aufrechtzuerhalten. Diese Politik wurde auch von den

darauffolgenden Regierungen unter Premierminister Suga und Premierminister Kishida weitergeführt und hat sich als grundlegender Ansatz für die maritime Sicherheit Japans etabliert.

Initiativen und Herausforderungen der Regierungen unter Premierminister Suga und Premierminister Kishida

Am 16. April 2021 fand in Washington D.C. ein Gipfeltreffen zwischen Premierminister Suga und US-Präsident Biden statt. In ihrer gemeinsamen Erklärung betonten beide Regierungschefs zum ersten Mal seit 52 Jahren – genauer gesagt seit 1969 – die Bedeutung der Sicherheit in der Taiwanstraße. Seit die Vorsitzende der Demokratischen Fortschrittspartei, Tsai Ing-wen, im Jahr 2020 als taiwanesishe Präsidentin wiedergewählt wurde, haben chinesische Militärflugzeuge wiederholt die Mittellinie der Taiwanstraße überquert und sind dabei in die taiwanesishe Flugüberwachungszone eingedrungen, wodurch die Besorgnis über unvorhergesehene Zwischenfälle zusätzlich verstärkt wurde. In diesem Zusammenhang bekräftigten die beiden Regierungschefs die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße und sprachen sich für eine friedliche Lösung einer Taiwan-Krise aus. Gleichzeitig brachte Premierminister Suga seine Entschlossenheit zum Ausdruck, Japans Wehrkraft zu stärken,

und gab seine Zustimmung dazu, dass Japan und die USA damit anfangen sollen, die Möglichkeit der gemeinsamen Maßnahmen für eine Taiwan-Krise zu prüfen. Darüber hinaus hat Japan die Bedeutung des Friedens und der Stabilität in der Taiwanstraße auch mit anderen gleichgesinnten Ländern wie Australien und der EU bestätigt.

Als die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, im August 2022 nach Taiwan reiste, führte China groß angelegte Militärübungen im taiwanesischen Umkreis durch. Eine Seeblockade gegen Taiwan wurde simuliert und sechs Übungszonen wurden in diesem Umkreis eingerichtet. Dabei wurden aber fünf ballistische Raketen in die ausschließliche Wirtschaftszone Japans abgefeuert, was die lokale Fischereindustrie dazu zwang, den Fischfang zu unterlassen. Zudem mussten Handelsschiffe das Übungsgebiet meiden und einige Fluggesellschaften ihren Betrieb einstellen. Dieses Ereignis zeigte deutlich, welch großes Risiko eine tatsächliche Seeblockade Taiwans vonseiten Chinas für globale Lieferketten bedeuten würde. Für Japan könnte eine Taiwan-Krise nicht nur zu einem Angriff auf japanisches Territorium führen, sondern auch erhebliche Störungen im Zusammenhang mit Fischerei und Handel verursachen. Da die Volksbefreiungsarmee nach diesen Übungen routinemäßig über die Mittellinie der Taiwanstraße hinaus operiert, liegt eine weitere Sorge darin, zwischen einer Übung und einem tatsächlichen

Übergriff nicht mehr unterscheiden zu können.

Im Dezember 2022 überarbeitete die Regierung unter Premierminister Kishida ihre Nationale Sicherheitsstrategie und bezeichnete sowohl Chinas Versuche, den Status quo auf den Senkaku- und Spratly-Inseln zu ändern, als auch dessen zunehmende Einschüchterung Taiwans als „größte strategische Herausforderung“ für die japanische Sicherheit und internationale Ordnung. Zudem äußerte sie sich besorgt über verstärkte strategische Kooperation zwischen China und Russland, das seine Invasion in der Ukraine fortsetzt. Die Nationale Sicherheitsstrategie und die Nationale Verteidigungsstrategie fordern, unter Einsatz von Japans nationaler Gesamtstärke und in Zusammenarbeit mit Verbündeten bzw. gleichgesinnten Staaten zu agieren. Zur Umsetzung dieser neuen Strategien wird eine Verdoppelung des Wehretats auf 2 % des BIP vorgesehen. Das ermöglicht, die Fähigkeiten zum Gegenschlag in Form von Stand-off-Verteidigungsfähigkeiten, IAMD (*Integrated Air and Missile Defense*), unbemannten Verteidigungsfähigkeiten sowie dauerhaften und robusten Fähigkeiten für die Fortsetzung des Krieges zu erhöhen. Dadurch können Vorbereitungen auf die in der Nationalen Verteidigungsstrategie aufgezeigte „neuartige Kriegsführung“ durch Raketenangriffe, hybride Kämpfe, asymmetrische Angriffe und nukleare Bedrohungen getroffen werden.

Bei den Fähigkeiten zum Gegenschlag geht es vor allem darum, einen Zweit- oder Folgeschlag des Gegners zu vereiteln; denn auf die qualitativ und quantitativ zunehmende Raketenkompetenz Chinas und Nordkoreas lässt sich nicht länger nur mit einer Verbesserung der Raketenabwehrfähigkeiten reagieren. So gesehen sind diese Fähigkeiten auch ein Teil der Abschreckung durch Vereitelung, mit der die Angriffe des Gegners neutralisiert werden sollen. In der Praxis würde das bedeuten, feste Ziele wie Luft- oder Marinestützpunkte, teilweise auch Kriegsschiffe in Bewegung, anzugreifen, um zu verhindern, dass der Gegner Luft- und Seeüberlegenheit erlangt.

Man kann davon ausgehen, dass die im Vorherigen genannten Bemühungen vor allem in Hinblick auf eine Taiwan-Krise erfolgen. Bei diesem Ereignis müsste Japan die Nansei-Inseln verteidigen, die Operationsbasis des US-Militärs aufrechterhalten und logistische Unterstützung für es leisten. Damit würde Japan versuchen, Landoperationen auf japanischem Grund zu verhindern und die Seeverkehrswege zu bewahren. Die Ausarbeitung einer gemeinsamen japanisch-amerikanischen Einsatzplanung im Falle einer Taiwan-Krise scheint sich in der Endphase zu befinden; noch ist jedoch unklar, ob die japanische Öffentlichkeit die Teilnahme an einem Krieg zum Schutz Taiwans unterstützen würde. In diesem Zusammenhang ist durchaus denkbar, dass China mithilfe von Informationskriegen die öffentliche

Meinung in Japan beeinflussen wird, um einen Keil in die japanisch-amerikanischen Beziehungen zu treiben; aus diesem Grund sind Gegenmaßnahmen dringend erforderlich.

Zu den Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Seeordnung gehörte die Höherstufung des QUAD auf die Ebene der Regierungschefs unter den Regierungen unter Premierminister Suga und Premierminister Kishida. Im März 2021 wurde hierzu ein Gipfeltreffen per Videokonferenz abgehalten. Seit September desselben Jahres findet auf jährlicher Basis Gipfeltreffen in Präsenzform statt. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen dabei ihre Zusammenarbeit bei der Umsetzung des FOIP und teilen ihre Besorgnis über die Lage im Ost- und Südchinesischen Meer. Auf dem Gipfeltreffen im Mai 2022 wurde der Start der *Indo-Pacific Partnership for Maritime Domain Awareness* (IPMDA) angekündigt, mit welcher der intra-regionale Informationsaustausch zum besseren Verständnis der Situation in den Weltmeeren erleichtert werden soll. Damit sollen in erster Linie die illegale Fischerei und andere Aktivitäten Chinas überwacht werden. Da das aber auch zum Schutz von Fischfang und Umweltressourcen beiträgt, ist es zu erwarten, dass das schließlich auch zur verstärkten Unterstützung der ASEAN-Länder und der pazifischen Inselstaaten führt. Der QUAD hat sich zudem zu einem regionalen Rahmen entwickelt, der als öffentliches Gut fungiert, weil er über die ursprüngliche Zusammenarbeit

zur Stärkung der maritimen Sicherheit, Infrastruktur und Konnektivität hinausgeht und zusätzliche Bereiche wie den Klimawandel, neue Technologien, Cybersicherheit und die Ertüchtigung der Lieferkette umfasst. Darüber hinaus nimmt Australien seit 2020 an den Malabar-Marineübungen teil, die von den USA, Japan und Indien durchgeführt werden. Dadurch stellen sie faktisch die Marineübungen auf Grundlage des QUAD dar. Da der QUAD ursprünglich mit starken Erwartungen an die militärische Zusammenarbeit geknüpft wurde, ist es fraglich, ob der derzeitige Rahmen als öffentliches Gut zukunftsfähig ist.

Ferner hat die Regierung unter Premierminister Kishida Schritte zur Stärkung der Sicherheitskooperation mit den Philippinen und Südkorea unternommen. Zunächst erwog die Regierung den Abschluss "Visiting Forces Agreement" mit den Philippinen, führte gemeinsame Manöver mit den japanischen, amerikanischen und philippinischen Küstenwachen durch und unterhielt Besprechungen mit den zuständigen Sicherheitsberatern der Länder. Vermutlich wird damit die Absicht verfolgt, die Beziehungen zu den Philippinen in Hinblick auf eine Taiwan-Krise zu stärken. Doch da die Philippinen gezwungenermaßen auch auf ihr Verhältnis zu China achten müssen, lässt sich nicht absehen, wie weit die effektive Zusammenarbeit tatsächlich gehen wird. Die Regierung unter Präsident Yoon in Südkorea, die mit der Frage der Geschichtsauffassung zu kämpfen hat, setzt sich für

eine pragmatische Sicherheitspolitik ein und bemüht sich sowohl um die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zwischen Japan, den USA und Südkorea in Hinblick auf U-Boot-Bekämpfung und Raketenabwehrsysteme als auch um die Ausweitung der Kooperationen im Zusammenhang mit der Sicherheit in der indopazifischen Region. Das zentrale Anliegen Südkoreas ist zwar Nordkorea, doch mit der Regierung unter Präsident Yoon lässt sich erwarten, dass die Sicherheit der Seeverkehrswege erhöht wird und die Küstenstaaten beim Aufbau von Kapazitäten verstärkt unterstützt werden.

Was diese Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für die Küstenstaaten betrifft, so wurde im Rahmen der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie „Official Security Assistance“ (OSA) eingerichtet, welche eine direkte Unterstützung ausländischer Streitkräfte ermöglicht. Während sich der bisherige Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe (engl. *Official Development Assistance*, kurz ODA) auf die Unterstützung ausländischer Strafverfolgungsbehörden beschränkte, lässt sich mit der OSA eine Verbesserung der Abschreckungskraft in gleichgesinnten Ländern erreichen. Gleichzeitig erwägt die Regierung eine Gesetzesänderung, um die Lieferung tödlicher Waffen an das Ausland zu ermöglichen. Durch diese Änderung lässt sich erwarten, noch leistungsfähigere Waffen durch OSA bereitstellen zu können.

Zum Abschluss

Aufgrund seiner geopolitischen Gegebenheiten muss sich Japan zur territorialen Abwehr und zur Aufrechterhaltung der Seeverkehrswege mit der maritimen Sicherheit befassen. Während des Kalten Krieges entwickelte Japan auf Grundlage seiner Allianz mit den USA, die über eine überwältigende Seemacht verfügen, die Fähigkeiten zur U-Boot-Bekämpfung und Minenabwehr sowie zur Luftverteidigung auf dem Ozean; dies war notwendig gewesen, um die Unterstützung des US-Militärs sicherzustellen. Doch aufgrund der maritimen Expansion Chinas und dem relativen Rückgang der amerikanischen Seemacht sieht sich Japan gezwungen, seine Ressourcen anstatt in die Sicherung der Seeverkehrswege vielmehr in die territoriale Abwehr zu investieren. Dies äußert sich unter anderem darin, dass für die U-Boot-Bekämpfung entwickelte Zerstörer zu Flugzeugträgern für die Luftverteidigung umgebaut werden müssen. In diesem Zusammenhang ist es unumgänglich, dass Japan seine Einstellung und Einsatzphilosophie von der Sicherung der Seeverkehrswege auf die territoriale Abwehr umstellt. Auf der anderen Seite wird es aber auch immer wichtiger, die Seeverkehrswege zu sichern. Aus diesem Grund unterstützt Japan verstärkt die Küstenstaaten beim Kapazitätsaufbau und intensiviert seine internationale Kooperation im Rahmen des FOIP, um die Seeordnung aufrechtzuerhalten. China zeigt sich jedoch in Hinblick auf die Änderung

des Status quo nicht einmal zögerlich, sondern bringt eher eine zunehmend aggressive Haltung zum Vorschein. Vor diesem Hintergrund wird es für Japan notwendig, sich nicht nur mit der internationalen Zusammenarbeit in Friedenszeiten zu befassen, sondern auch an der internationalen Kooperation aktiver zu arbeiten, die im Fall von gescheiterten Abschreckungsversuchen zum Einsatz kommt.

Literaturangaben

Tetsuo Kotani (2012), "Reluctant Sea Power: Geopolitics in Asia and Japan's Maritime Strategy," in Peter Dutton, Robert Ross, and Øystein Tunsjø, eds, *Twenty-First Century Seapower: Cooperation and Conflict at Sea*, London and New York: Routledge

Tetsuo Kotani (2014), "U.S.-Japan Allied Maritime Strategy: Balancing the Rise of Maritime China," *CSIS Strategic Japan*, https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-06/140422_Kotani_Strategic_Japan.pdf?VersionId=EmA1gY__MH1akMbTILfKtjyWRVpHJfIT

Tetsuo Kotani (2020), "China's Military and Paramilitary Activities in the East China Sea: Implications for the U.S.-Japan Alliance," *Asia Policy*, Vol. 15, No. 3

Tetsuo KOTANI



Tetsuo Kotani ist Professor an der Meikai-Universität und Senior Fellow am Japan Institute of International Affairs (JIIA). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Außen- und Sicherheitspolitik Japans, die amerikanisch-japanische Allianz sowie die internationalen Beziehungen und die maritime Sicherheit im indo-pazifischen Raum. Er wurde 2003 mit dem Preis des japanischen Verteidigungsministers ausgezeichnet.

Er hat zahlreiche Artikel sowohl auf Englisch als auch auf Japanisch veröffentlicht. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen auf Englisch gehören „Crisis Management in the East China Sea“ (*SIPRI Policy Brief*, 2015) und „China's Military and Paramilitary Activities in the East China Sea: Implications for the U.S.-Japan Alliance“ (*National Bureau of Asian Research*, 2020). Er erhielt einen Master-Abschluss von der Doshisha-Universität.